

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

78 (19.5.1927)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Auswärtigen frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 11
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Mode und Heim • Der Kobold • Neue Illustrierte • Landwirtschaftliche Beilage

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aannahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Vereinsbank Sinsheim
c. G. m. b. H.

Nr. 78.

Donnerstag, den 19. Mai 1927.

88. Jahrgang

Die Russen trumpsfen auf.

Anerkennung des kommunistischen Wirtschaftssystems neben dem kapitalistischen oder Abreise aus Genf. — Sowjetismus und Amerikanismus.

Genf, 18. Mai. Die bisher unge störte Zusammenarbeit mit den Russen in Genf ist plötzlich in ein höchst kritisches Stadium getreten. Die russische Delegation hat heute von Moskau die Anweisung erhalten, daß sie mit aller Energie auf eine grundsätzliche Anerkennung des Sowjetismus bei den Schlussresolutionen der Konferenz bringen soll. Wenn es ihnen gegenüber den führenden Delegationen der kapitalistischen Länder nicht gelingen sollte, diese Anerkennung, daß es heute zwei verschiedene Wirtschaftssysteme mit besonderen Voraussetzungen und Notwendigkeiten gibt, in Genf durchzusetzen, so sollen sie noch vor Ende der Konferenz demonstrativ abreißen. Von dieser grundsätzlichen Anerkennung soll es weiterhin abhängen, ob die Russen an der Abrüstungsfrage und an den übrigen Sonderarbeiten des Völkerbundes mitarbeiten. In der russischen Delegation macht man sich bereits reflexfertig.

Die neue Haltung der Moskauer Regierung gegenüber der Weltwirtschaftskonferenz und dem Völkerbund wird damit erklärt, daß bei der jetzigen Hochspannung, die durch die Londoner Vorkonferenzen in kommunistischen Parteikreisen in Moskau hervorgerufen worden ist, es unbedingt notwendig erscheint, daß die Russen mit positiven Ergebnissen aus Genf zurückkommen oder aber mit einem hörbaren Krach vorher die Konferenztür von außen zuschlagen. Die Linksoption innerhalb der Partei hat durch die Hausjuchung bei Arcos neues Agitationsmaterial bekommen und man befürchtet offenbar eine erste innere Krise, wenn zu gleicher Zeit Vertreter der Sowjetregierung ohne Erfolg mit Engländern am selben Verhandlungstisch sitzen. Merkwürdigerweise finden die Russen am meisten Verständnis für ihre Haltung bei der kapitalistischen aller Delegationen, bei den Amerikanern. Die Amerikaner sind ja ebenso wie die Russen in Genf beim Völkerbund vorerst noch zu Gast. So scheint sich eine gewisse russisch-amerikanische Außenfront zu bilden, denn die Amerikaner sind mit dem Gang der Verhandlungen in den letzten Tagen, namentlich mit der freihändlerischen Zollresolution, sehr wenig einverstanden. Die Russen hatten heute Mittag wiederum mit den Amerikanern, insbesondere mit dem Bankpräsidenten Robinson, eine längere Besprechung, in der die Kreditfrage weiter sondiert wurde. Die Amerikaner scheinen wenigstens in Genf den Russen gewisse Avancen zu machen und die neue englisch-

russische Spannung auch stimmungsmäßig auszunutzen, um zu möglichst günstigen Bedingungen in das russische Geschäft hineinzukommen. Von den Russen werden mit Rücksicht auf England weit größere Konzessionen gemacht als sie bisher den europäischen Mächten zugestanden worden sind, unter der Voraussetzung freilich, daß die Amerikaner mit sehr großen Kapitalien sich in Rußland betätigen wollen.

Wie wir hören, haben auch die Angehörigen der zweiten Amsterdamer Internationale unter Führung des Direktors des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, die Führung mit den Russen aufgenommen, um eventuell doch noch auf der Wirtschaftskonferenz ein engeres Zusammengehen der sozialistischen und sowjetistischen Vertreter in Genf zu ermöglichen. Aber die Vorschläge von Thomas haben bei den Genossen keine Zustimmung gefunden. Schon aus inneren Propagandagründen glauben die Russen im jetzigen Zeitpunkt keine gemeinsame Aktion mit den sozialistischen Gewerkschaften unternehmen zu können. Auch an der bevorstehenden internationalen Arbeitskonferenz wollen sie sich unter keinen Umständen beteiligen.

Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf

Genf, 19. Mai. Am Mittwoch haben im Rahmen der Weltwirtschaftskonferenz keine größeren Kommissionsverhandlungen stattgefunden. Am Vormittag lagte lediglich das Koordinationskomitee, das sich mit der Zusammenfassung der gestern angenommenen Resolutionen in der zweiten Unterkommission der Handelskommission befaßt. Das Redaktionskomitee für die industrielle Kartellierung hat gestern abend seine Beratungen abgeschlossen und einen Resolutionsentwurf fertiggestellt, der voraussichtlich im Laufe des Donnerstags der Industriekommission vorgelegt werden soll. Der Entwurf weist auf die Bedeutung der Entwicklung des internationalen Kartellwesens im Zusammenhang mit der Entwicklung der staatlichen Handelsverträge hin und betont ferner die Notwendigkeit der Publizität der internationalen Abkommen zwischen den einzelnen Industriegruppen. An den Verhandlungen des Redaktionskomitees nahm von deutscher Seite Reichstagsabgeordneter Lemmers teil.

Völkerrechtsverletzung im Krieg.

Das Ergebnis der Untersuchungen des großen parlamentarischen Ausschusses.

Berlin, 19. Mai. Abg. Dr. Bell (Z.) erstattete im Reichstag den Bericht über die Tätigkeit des dritten Unterausschusses des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der dritte Unterausschuß hatte zu prüfen, „ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder gebildet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzen oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren.“ Der Ausschuß sah seine Aufgabe nicht darin, einzelne Beschwerden nachzuprüfen oder dem Ausland eine „deutsche Gegenseite“ zu überreichen, vielmehr die Maßnahmen der Regierungen und militärischen Kommandostellen der kriegführenden Mächte daraufhin zu prüfen, wie weit der Wille, die völkerrechtlichen Bestimmungen einzuhalten und Zuwiderhandlungen abzustellen, bei den kriegführenden Mächten vorhanden war. Das ausländische Material dafür lag nur lückenhaft vor. Der Ausschuß hofft, daß die früher feindlichen Regierungen durch seine Anregung zur Weiterbearbeitung der aufgeworfenen Fragen veranlaßt werden. Es wäre erwünscht, wenn die oft von Deutschland angeregte internationale Prüfung der von sämtlichen kriegführenden Parteien vorgebrachten Beschwerden über Verletzungen des Völkerrechts in nicht zu ferner Zeit zustande käme. Die einleitende Untersuchung über die Maßnahmen, die die verschiedenen Regierungen getroffen haben, um die Kenntnis der Haager Landkriegsordnung bei ihren Völkern durchzusetzen, ergab, daß man sich im Allgemeinen mit dem wirklichen Abbruch der Landkriegsordnung begnügt hat, ohne im Unterricht der Offiziere und Mannschaften viel Zeit auf das Thema zu verwenden. Die Verletzung der belgischen Neutralität durch den deutschen Einmarsch 1914 hat der dritte Unterausschuß, weil ihm das tatsächliche Material vom ersten Ausschuß noch nicht dargeboten ist, bis jetzt nicht abschließend behandelt. Im Laufe d. Z. wird die Frage zur Erledigung kommen. Hinsichtlich des belgischen Volkskrieges kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß die militärischen Handlungen der belgischen Bevölkerung gegen das deutsche Heer weder den Haager Vorschriften über den organisierten, noch über den unorganisierten Volkskrieg ganz entsprochen haben. Ob die Deportation belgischer Arbeiter im Jahre 1916 und 1917 (zirka 70) grundsätzlich völkerrechtswidrig war oder nicht, läßt die Mehrheit des Ausschusses unentschieden. Die Minderheit besagt die Völkerrechtswidrigkeit. Mißstände in der Ausführung der Anordnung und Anzutraglichkeiten im Anfang des Aufenthalts der Importierten in Deutschland sind einstimmig festgestellt. Der Unterseebootkrieg ist als Repressalie gegen die völkerrechtswidrige englische Blockade für völkerrechtlich zulässig erklärt. Dies gilt auch vom uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Das Recht zu Angriffen aus der Luft auf alles, was als Kraftquelle der feindlichen Kriegsführung gelten kann, ist festgestellt. Angriffe auf Londoner Arsenal, Docks usw., die Kriegsmaterial enthielten, waren demnach berechtigt. Die Londoner City wurde, obgleich sich die Arsenalen hier oder in unmittelbarer Nähe befanden, nur an Sonntagen oder nachts, daß heißt, wenn sie menschenleer waren, beschossen. In

Paris wurden auch Stadteile ohne militärische Anlagen oder Vorräte nach mehrfacher Androhung als Repressalie gegen die Beschädigung offener, militärisch bedeutungsloser deutscher Dörfer ohne irgend welche militärischen Vorräte, solange aus der Luft beschossen, bis der Zweck der Repressalie erfüllt war. Der deutsche Gastkrieg entsprach, abgesehen von der Verwendung der Grün- und Selbstreißgranaten, dem Völkerrecht. Diese wurden erst verwendet, nachdem das französische Heer mit völkerrechtswidrigen Gaswaffen vorangegangen war. Die Gefangenenbehandlung entsprach an der Front bei keinem Heere ganz den Forderungen des Völkerrechts. In den Lagern in Deutschland entsprach die Behandlung dem deutschen Militärrecht, die Verpflegung den durch die englische Blockade verschlechterten Verhältnissen. Die vielbesprochenen Mißhandlungen im Seines-Lager haben sich als unwahr erwiesen. Die Fleckfieberepidemie wurde, sobald sie erkannt war, mit aller Eingebung des Sanitätspersonals bekämpft. Im Wirtschaftskrieg fanden kontinentale Auffassung, die das Privateigentum und die privaten Rechte für unantastbar hält und englisches Common Law mit seiner radikalere Kriegsauffassung, die das Privateigentum und die privaten Rechte vom militärischen Zugriff nicht ausnimmt, hintereinander. Der Ausschuß hält die allgemeine Durchsetzung der kontinentalen Auffassung für eine Aufgabe der Weiterentwicklung des Völkerrechts. In der Behandlung der Hospitaltschiffe ist von beiden Seiten in einzelnen Fällen gegen das Völkerrecht verstoßen worden. Nachdem Flaggennutzbuch bei Deutschlands Gegnern erwiesen war, durfte Deutschland Sperrzonen einführen. Eine Fahrkarte für wirkliche Hospitaltschiffe wurde freigelassen. Im Mittelmeer begleiteten spanische Offiziere die Hospitaltschiffe der Entente, worin Deutschland eine hinreichende Bürgschaft gegen Flaggennutzbuch erblickte. Die Zerstörungsmassnahmen bei den deutschen Rückzügen 1917 und 1918 erfolgten, wie eidliche Bekundungen ergaben, aus rein militärischen Erwägungen. Ob die militärische Notwendigkeit in jedem Einzelfalle tatsächlich vorlag, konnte nicht mehr geprüft werden. Die Zerstörungen beim Rückzug auf die Hindenburgstellung beschränkten sich auf eine Zone unmittelbar vor der neuen Linie. Beim Rückzug aus Belgien und Nordfrankreich 1918 wurden Bergwerke unter Tag nur solange zerstört, als mit einem Fortgang des Krieges bis 1919 gerechnet wurde. Dann nur noch über Tag und mit der Annäherung an den Waffenstillstand in immer geringem Ausmaße.

Deutscher Reichstag

(317. Sitzung.)

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Marx.
Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.
Abg. Dr. Levi (Soz.) hält die Feststellungen des Ausschusses in vielen Punkten für unrichtig. Die Deportationen der belgischen Arbeiter seien in keiner Weise zu rechtfertigen. Sie seien nicht einmal von den Militärs, sondern von deutschen Großindustriellen veranlaßt worden. Der Abtransport der belgischen Arbeiter sei unter überflüssigen und sinnlosen

Därten durchgeführt worden. Der historische Wert der Arbeiten des Unterausschusses sei gleich Null. Praktisch habe er nichts zutage gefördert.

Abg. Stöcker (Komm.) erklärt: Die Kommunisten hatten sich von vornherein an der Arbeit dieses Ausschusses nicht beteiligt, weil sie ihn für völlig ungeeignet hielten. Der Redner bekämpft die Entschuldigungen des Ausschusses zum Luft-, Land- und U-Bootkrieg.

Abg. Dr. Schüding (Dem.) verteidigt den Ausschuß, dessen Vorsitzender er ist, und die Sachverständigen gegen die Angriffe der Vorredner. Der Ausschuß habe sich ehrlich bemüht, die Wahrheit zu finden. Ob man durch die Deportation tatsächlich den Industriellen billige Arbeiter schaffen wollte, sei keineswegs festgestellt. Die beiden Verantwortlichen, von Bissing und Bethmann-Hollweg, weilten leider nicht mehr unter den Lebenden. Nur unter dem Gesichtspunkt der Repressalie gegen die Hungerblockade habe der Ausschuß den unbefchränkten U-Bootkrieg gebilligt. In dieser Frage dürfe es keine Parteipolitik geben.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt: Man müsse von dem Urteil des Ausschusses möglichst weit abrücken, um nicht im Ausland eine falsche Meinung zu erwecken. Es heiße geradezu für die deutsche Ehre eintreten, wenn man sich gegen die Feststellungen des Ausschusses wende. Die Wahl Dr. Krieger als Sachverständigen sei unzulässig gewesen, da er eigentlich der Hauptangeklagte sein müsse. Wenn der Ausschuß seine Aufgabe darin gesehen habe, die Barbarei der deutschen Kriegsführung zu beschönigen, dann liefere er damit nur den französischen Rationalisten Material. Die Feststellungen des Ausschusses seien eine Täuschung der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit und es müsse festgestellt werden, daß nicht das ganze deutsche Volk und der ganze deutsche Reichstag diese Täuschung mitmachen. (Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Dr. Bell (Z.) wendet sich gegen die Ausführungen der Sozialdemokraten und erklärt: Manche dieser Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, daß wir uns nicht in einem deutschen Parlament befinden. (Unruhe links, lebhafter Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Kritik war von keinerlei Sachkenntnis getrieben. Der Ausschuß hat sich der größten Sachlichkeit befleißigt. Die ungerechten Angriffe gegen die Sachverständigen verdienen scharfe Zurückweisung. Es scheint fast, daß es hier Kreise gibt, denen die Feststellungen des Ausschusses unbekannt geworden sind. Die hier geübte Kritik ist dem Ansehen der deutschen Republik sicherlich nicht förderlich gewesen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Stöcker (Komm.) regt an, die fünf Bände des Ausschusses als Makulatur einstampfen zu lassen. Der Redner erklärt unter lebhaften Pfuirufen auf der Rechten: Er fühle sich dem Klassenbewußten Proletariat Englands und Frankreichs tausendmal mehr verbunden als den reaktionären Kreisen in Deutschland.

Abg. Schneider-Dresden (D. Sp.) erklärt, es sei verwunderlich, daß die Kommunisten sich hier als Pazifisten aufspielten, während doch in Rußland der kommunistische Militarismus sich breit mache. Unter den zehn Millionen Menschen, die mobil machten, befanden sich natürlich auch solche, die öfter mit den Gerichten zu tun hatten. Daher sind auch Fälle vorgekommen, die keineswegs zu billigen sind. Es liegt aber keine Ursache vor, diese Dinge zu verallgemeinern. Die Reden der Linken sind die schlimmste Propaganda gegen Deutschland. Die Reichstagstribüne sollte wirklich nicht solchen Zwecken dienen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kälz (Dem.) bedauert im Interesse des nationalen Ansehens der Republik die Debatte. In keinem Parlament der Welt wäre es möglich, daß eine anerkannte Autorität des Völkerrechts, wie Professor Schüding, der sechs Jahre lang im Ausschuß an der Erforschung der Wahrheit gearbeitet habe, nachher von Herren, die kaum die Nase in das Buch gesteckt haben, mit faulen Wippen empfangen werde. Eine solche parlamentarische Handlungsweise richte sich selbst. (Beifall bei der Mehrheit.) Es sei außerordentlich bedauerlich, daß durch diese Erörterung im Ausland der Eindruck erweckt würde, als ob die Deutschen die Alleinschuldigen wären. Damit schließt die Aussprache.

Die Angelegenheit ist erledigt.

Die Novelle zum Gesetz über die Bereitstellung von Krediten zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu ein Antrag des Ausschusses, einen Betrag von zehn Millionen Mark für Arbeiten zur Verbesserung des Wohnungsbaues zur Verfügung zu stellen.

Das Haus setzt dann die erste Beratung der Anträge zur Krisenfürsorge fort.

Abg. Feder-Herborn (Soz.) bekämpft die Anordnung des Arbeitsministers, wonach die Krisenfürsorge für einzelne Bezirke aufgehoben werden kann.

Abg. Ziegler (Dem.) tritt für Aufhebung der Verordnung ein, die die Krisenfürsorge beschränkt.

Die Anträge auf Aufhebung der Verordnung über die Krisenfürsorge werden gegen die Linke und die Demokraten abgelehnt.

Der Reichsarbeitsminister über die Krisenfürsorge

Berlin, 19. Mai. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte im Reichstage, seine Verordnung auf Einschränkung der Krisenfürsorge sei diktiert worden von der Rücksicht auf die Besserung des Arbeitsmarktes. An eine Aufhebung der Krisenfürsorge habe kein Mensch gedacht. Die Beschränkung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung für einzelne Bezirke auf 26 Wochen habe sich aus der Gesetzesbestimmung ergeben, daß eine Ausdehnung auf 39 Wochen nur für Bezirke mit besonders ungünstigen Verhältnissen gegeben sei. Die Verhältnisse in den von der Verordnung betroffenen Bezirken hätten sich aber günstig entwickelt. Im Stickstoffgewerbe bestehe geradezu eine Hochkonjunktur und es made sich dort bereits ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar. Im Diversifiktionsgewerbe und in der Gärtnerei liege es ähnlich. Eine besondere Ungunst des Arbeitsmarktes, die das Gesetz zur Voraussetzung der längeren Betriebs-

dauer macht, liegt also in diesen Berufen nicht vor, und das Ministerium sei demnach zu seiner Maßnahme gesetzlich verpflichtet gewesen. Dem Wesen der Erwerbslosenfürsorge entspreche es, wenn die Bezugsdauer der Lage des Arbeitsmarktes gemäß beweglich gestaltet wird. Wenn die Maßnahme für einzelne besonders lange Zeit erwerbslose Personen eine Härte bedeutet, so lasse sich das bei keiner gesetzlichen Maßnahme vermeiden. Sollte ein einzelner Zweig eines Gewerbes besonders ungünstige Verhältnisse haben, so werde dieser Zweig aus der Verordnung ausgenommen werden. Der Minister geht dann auf die inzwischen vom Reichsrat aufgehobene Verordnung zur Krisenfürsorge ein. Diese Verordnung würde zu einer neuwertigen Belastung der öffentlichen Fürsorge nicht geführt haben und auch nicht zu einer Beeinträchtigung des Finanzausgleichs. Festgestellt müsse werden, daß die Krisenfürsorge für Zwecke benutzt worden sei, für die sie nicht bestimmt war. Ein erheblicher Teil der Krisenunterstützten beziehe außerdem Invaliden-, Unfall- oder sonstige Sozialrenten. Man könne nicht dauernd in der Krisenfürsorge Personen lassen, die für den Arbeitsmarkt gar nicht mehr in Frage kommen. Man könne auch nicht Berufe darin lassen, für die eine Krise nicht mehr besteht. Die Krisenfürsorge dürfe auch nicht mit Aufgaben der allgemeinen Wohlfahrtsfürsorge belastet werden. Bei dem demnächstigen Ablauf der Krisenfürsorge werde eine entsprechende Änderung notwendig sein.

Starke Belastung der Wirtschaft

Der Hansabund gegen die geplante Postgebührenerhöhung.
600—650 Millionen Mehrbelastung für die Wirtschaft.

Berlin, 18. Mai. Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie hatte eine Anzahl von Wirtschaftsverbänden, sowie Wirtschaftsexperten im Verwaltungsrat der Reichspost zu einer Besprechung der geplanten Gebührenerhöhung eingeladen, die unter Vorsitz von Reichsminister a. D. Dr. Gothein stattfand. In der nach dem Meierat des Vorsitzenden folgenden Aussprache kam mit voller Einmütigkeit der energische Protest der Wirtschaft gegen diese noch vor kurzer Zeit vom Reichspostminister selbst als nicht notwendig bezeichnete Neubelastung der Wirtschaft zum Ausdruck. In einer Entschließung wurde darauf hingewiesen, daß die geplante Erhöhung aller Postgebühren mit Ausnahme der Fernspreckgebühren für die deutsche Wirtschaft, die heute bereits für ihren Nachrichtenverkehr mehr als das Doppelte der Vorkriegszeit aufzuwenden habe, eine jährliche Mehrbelastung von mindestens 600—650 Millionen Mark bedeuten würde, sofern durch die Vereinerung der Verkehr nicht ungeheuer verringert werde. Schon die Post rechnet mit einer 20—25prozentigen Verringerung des Verkehrs, wenn sie die erwarteten Mehreinnahmen mit lediglich 260 Millionen Mark bemisst. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Mehrbelastung auf die Preise der Waren und Leistungen abgewälzt werden müßte und damit eine weitere Steigerung des Preisniveaus eintreten würde, die den inneren Verbrauch, wie die Ausfuhr schwer beeinträchtigen und der allseitig als unumgänglich bezeichneten Aufgabe, sie durch Preislenkung zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu verringern, zuwiderlaufen würde. Für gewisse Berufe, wie z. B. Handelsvertreter, die außerdem ferner, die erhöhten Postkosten abzumäßen, geminne die Erhöhung den Charakter einer höchst bedenklichen Sondersteuer für diese ohnehin schon steuerlich schwer überlasteten Erwerbskreise. Auch dem etwaigen Versuch, die Gebührenerhöhung zunächst nur für das Fernbriefporto zu beschränken, müßte mit gleicher Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wenn die Finanzlage der Post trotz der Steigerung der Verkehrseinnahmen in den letzten Monaten trotzdem eine gespannte sei, so bezeuge das darauf, daß selbst sich verbende Vermögensanlagen aus laufenden Einnahmen bestritten würden. Auch solche, deren Lebensdauer nur eine beschränkte Zahl von Jahren betrage, müßte unbedingt auf Anleihen genommen werden, wofür ein Ausgleich in angemessenen Abschreibungen vorgenommen werden müsse. Die Überlastung der Gegenwart mit Steuern und Gebühren gestatte nicht, Anlagen, die zum Teil der Zukunft zugute kämen, zu Lasten der jetzigen Generation durchzuführen. Zum Schluß wird entschieden die Verwahrung gegen die Möglichkeit der Vorlage erhoben und eine Vertagung bis zum Spätherbst gefordert, wo man die Finanzlage klarer übersehen werde.

Handelsminister Dr. Schreiber über den schwarzen Freitag

Berlin, 18. Mai. Nach der Debatte über den Handels- und Gewerbesachhalt im preuß. Landtag, bemerkte Abg. Dr. Wätzig (Soz.), daß man bei den Vorgängen an der Börse immer noch auf das verlegene Schweigen der ver-

antwortlichen Stellen stoße. Dazu erklärte Handelsminister Dr. Schreiber, daß die Reichsbank am 7. Mai hinsichtlich der Börsenvorgänge mit dem Handelsministerium in Verbindung getreten ist. Am 9. und 10. Mai seien Dr. Schachts Ermüdungen von einem seiner Herren mit dem zuständigen Referenten des Handelsministeriums, der gleichzeitig Staatskommissar bei der Berliner Börse ist, erörtert worden. Es habe dabei Einverständnis bestanden, daß auf eine gewisse Einschränkung der Reportgelder hingewirkt werden solle. Der Minister gab darauf einen Überblick über die weiteren Vorgänge, die sich vor dem Kurssturz abspielten. Der Beschluß der Stempelvereinsung, die Reportgelder bis zum 15. Juni um 25 Prozent zu kürzen und evtl. noch weitere Kürzungen vorzunehmen, sei in der Tagespresse am Freitag, den 13. Mai, morgens, in der bekannten Form veröffentlicht worden. Der Reichsbankpräsident habe inhaftlich den Beschluß der Vereinigung gedeckt, zu der Frage der Veröffentlichung habe er sich jedoch einer Stellungnahme enthalten. Der Minister betonte, daß das Handelsministerium ebenso wie der Berliner Börsenvorstand durch die Veröffentlichung des Beschlusses der Stempelvereinsung völlig überrascht worden sei. Hinsichtlich der Veröffentlichung in der demnächstigen Form stehe er auf dem Standpunkt, daß Dr. Schachts Ziel auf eine andere Weise hätte erreicht werden können, ohne eine so starke Erschütterung der Börse herbeizuführen. Die Meinung, * gegenüber der übertriebenen Spekulation mit größerem ausländischen Gelde etwas unternommen werden sollte, sei auch die überwiegende Ansicht der beteiligten Börsenkreise selbst gewesen. Die Börse habe auf die Veröffentlichung am Freitag vielleicht deshalb um so stärker reagiert, als der Beschluß der Stempelvereinsung dem Groß der Börsenbesucher erst wenige Stunden vor Börsenbeginn bekannt wurde und da die Börse mehr als ein Jahr fast ununterbrochen von Hausstendungen beherrscht war. Dr. Schreiber erklärte, sein Börsenkommissar habe mit dem Börsenvorstand in gemeinsamer Beratung aell möglichen Schritte ergriffen, um einen völligen Zusammenbruch zu vermeiden und eine ordnungsmäßige Abwicklung der Börsengeschäfte zu gewährleisten. Es könne erwartet werden, daß in künftigen Fällen mit den mit Börsenangelegenheiten betrauten Stellen so rechtzeitig Fühlung genommen werde, daß Schädigungen der Allgemeinheit vermieden werden.

Die Steuerabotage des Abgeordneten Henning

Der völkische Reichstagsabgeordnete Henning hat sich nach Ansicht des Reichsfinanzministers der Steuerabotage schuldig gemacht. Der Reichstag sah die Angelegenheit als so schwerwiegend an, daß er entgegen seiner bisherigen Praxis die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilte. Ueber die näheren Umstände teilte der Berichterstatter Abg. Dr. Kieffe folgendes mit: Es handelt sich um ein Schreiben des Reichsfinanzministers folgenden Inhalts: „In der Anlage beehre ich mich, Abschrift einer Anzeige zu überreichen, die fünf Beamte des Finanzamts Aurlach dem Vorsteher des Finanzamts Aurlach erteilt haben. Nach dieser Anzeige hat Herr Major a. D. Henning, Mitglied des Reichstages, in einer öffentlichen Versammlung, die am 11. Februar 1927 in Aurlach stattgefunden hat, dem Stume nach folgende Aufforderung an die Versammlung gerichtet: „Wenn der Besitz des Bauern wegen rückständiger Steuern verkauft werden soll und zur Ausführung der Pfändung ein Beamter aus dem Hofe des Steuerschuldners erscheint, dann müssen die Bauern sich zusammenfinden, um den Beamten mit Dreischlegeln usw. vom Hof zu vertreiben. Der Staat mag dann sehen, wie er seine Steuern bekommt.“ Durch diese Worte des Abgeordneten Henning wird der Tatbestand der Steuerabotage erfüllt. Ich habe daher den preussischen Justizminister gebeten, die zuständige Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen Herrn Henning anzuweisen. Auf Grund des Artikels 37 der Reichsverfassung beantrage ich hiermit: „Der Reichstag wolle genehmigen, daß der Abg. Henning wegen der vorbenannten Straftat zur Untersuchung gezogen wird.“

Der Geschäftsbundungsausschuß, so erklärte Dr. Kieffe, hat in langer Praxis die zwecks Aufrechterhaltung der Immunität zu nehmende Rücksicht darauf, daß nicht durch eine Strafverfolgung die Ausübung des Abgeordnetenberufes beeinträchtigt werde, stets in sehr weitem Umfang walteten lassen. Er war aber der Ansicht, daß diese Rücksicht im vorliegenden Falle zurücktreten müsse. Werden in der Untersuchung die angeleglich in einer öffentlichen Versammlung seitens des Reichstagsabgeordneten Henning getanen Äußerungen bewiesen, so würde es Sache des Gerichts sein, zu prüfen, ob das schwere Delikt der Steuerabotage in der öffentlichen Aufforderung zu sehen ist, daß die Bauern mit

Dreischlegeln einen Beamten vom Hofe vertreiben sollten, der den häuerlichen Besitz wegen rückständiger Steuern pfänden will. Nach der Ansicht des Ausschusses ist aber eine solche Aufforderung unter allen Umständen geeignet, die Staatsautorität zu untergraben, wenn weite Kreise sich durch die Aufforderung zu den vorgeschlagenen Schritten verleiten lassen, die Existenz des Staates selbst zu gefährden, die gerade von den Abgeordneten in erster Linie geschützt werden muß. Im vorliegenden Falle ist noch dazu das Bewußtsein, daß im Falle der Befolgung der Aufforderung schwere Folgen eintreten müßten, durch die Schlussformel noch besonders betont worden: Der Staat mag dann sehen, wie er seine Steuern bekommt.

Aus diesem Grunde beantragte der Ausschuß, der Reichstag wolle die nachgeforderte Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Henning erteilen. — Der Reichstag beschloß dann demgemäß.

Aus der Angestellten-Versicherung

In einer Zusammenstellung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für die Geschäftsjahre 1925 und 1926, die dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages vorliegt, wird nach dem Ergebnis des Markenverkaufs die Zahl der allmonatlich zahlenden Versicherten auf etwa 2,4 Millionen berechnet. Da nicht jeder Versicherte in jedem Monat einen Beitrag entrichtet, wird die tatsächliche Versichertenzahl auf rund 2,8 Millionen geschätzt. In der Vorkriegszeit waren rund 1,5 Millionen Versicherte vorhanden. Die Zunahme dürfte sich hauptsächlich dadurch erklären, daß die untere Altersgrenze gefallen ist, die Versicherungsspflicht auf Handlungslehrlinge auf sämtliche Büroangestellten und auf angestellte Musiker ausgedehnt wurde und für eine Reihe von Berufsgruppen nicht mehr die Ausübung im Hauptberuf das Erfordernis der Versicherungsspflicht bildet. Schließlich ist die Gesamtzahl der Erwerbstätigen heute um rund 3,5 Millionen höher als vor dem Kriege. An dieser Zunahme sind die Angestellten verhältnismäßig stärker als die Arbeiter beteiligt. Die Angestelltenversicherung erhebt seit dem 1. September 1925 etwa 5,8 v. H. des durchschnittlichen Monatsverdienstes als Beitrag. Am 1. Januar 1926 wurden rund 2,4 Millionen Versicherte gezählt, die sich aus 1,5 Millionen männlichen und etwa 900 000 weiblichen Angestellten zusammensetzen.

Die Kynbiker Gewalttaten.

Die scheußlichen, bereits berichteten Gewalttaten in der Stadt Kynbik, in der polnische „Auffständische“ die Gemeinde-Nachwahl benötigen, um die Deutschen als vogelfrei zu behandeln, sind ein neues Glied in der langen Kette unerhörter Verletzungen des Minderheitenvertrages, den das neue Polen als Vorbedingung seiner staatlichen Wiederherstellung unterzeichnen mußte. Die aliierten und assoziierten Hauptmächte haben es in der Begleitnote zu diesem Vertrage als ihre Pflicht bezeichnet, „vermittels Garantien in der dauerndsten und feierlichsten Form den Bevölkerungen Polens wesentliche Schutzrechte, deren sie bedürfen, zu sichern.“ — Was nützen den Bevölkerungen Polens entsprechende Vertragsbestimmungen, wenn von polnischer Seite die Schutzbestimmungen immer aufs neue in der frechsten und rohesten Weise verletzt werden dürfen, ohne daß die am Abschluß des Minderheitenvertrages beteiligten vier Großmächte oder der Völkerbund auch nur einen Finger rühren? Das ursprüngliche Menschenrecht der nationalen Minderheit eines Volkes ist die Sicherheit der Person und des Eigentums, das elementarste Recht des Staatsbürgers ist die Freiheit seiner Stimmabgabe. Um diese Freiheit zu vernichten, haben die polnischen „Auffständischen“ in Kynbik empörende, blutige Anschläge gegen dortige Deutsche und ihr Eigentum verübt; die Aufregung dazu liegt in dem Presseorgan des Wojewoden vor, und die Polizei hat den Aufständischen freien Lauf gelassen. So arbeiten in Polen Behörden und Banditen Hand in Hand, wenn es die Verkümmernng deutscher Rechte gilt! Die Geheiminstruktion des polnischen Westmarkenvereins gegen die deutsche Schule hat offenbart, wie planmäßig das Polentum seinen gewalttätigen Kampf zur Unterdrückung des Deutschtums führt. Wollen die Signatarmächte des Minderheitenvertrages, will der Völkerbund über derartige flagrante Verletzungen des Minderheitenvertrages mit Still-schweigen hinweggehen? Sind sie damit einverstanden, daß die Minderheit eines Staates, der sie in feierlichster Form den Schutz ihrer nationalen Rechte verbürgten, von den Polen als Freiwild behandelt werden? Die Antwort hierauf kann nicht zweifelhaft sein, so lange die europäische Kultur mehr als ein bloßer Name bleibt. Deshalb darf das Weltgewissen erwarten, daß sowohl die Signatarmächte des Minderheitenvertrages wie der Völkerbund uns endlich Taten sehen lassen, die Polen zur Befolgung des Minderheitenvertrages zwingen.



Professor Osterreich füllte die Injektionspritze mit Novococain.
„Ein Prachtwetter ist heute, uns Stadtmenschen tut es ordentlich gut, wenn man einmal für einen Tag aus dem ruhigen, rauchigen Häusermeer herauskommt und sich auslüften kann — so, Herr Graf — es ist nur ein kleiner Stich — örtliche Betäubung — sehen Sie, schon war es geschehen, Sie werden jetzt nicht das Geringste mehr fühlen.“
„Ich bin nicht empfindlich,“ Gegede lächelte: „Wird der Eingriff längere Zeit dauern?“
„Nur ein paar Sekunden; gnädiges Fräulein, vielleicht halten Sie wieder den Kopf, es kommt hier auf den Bruchteil eines Millimeters an.“
Via bewegte die Lippen, sprechen konnte sie nicht, ein fröstelnder Schauer überließ sie, als sie sah, wie der Spezialist nach dem mattblühenden Stalpell griff und Doktor Klemm den mit Alucisol getränkten Lappert bereit hielt. Und während sie alle Willenskräfte aufbot, um ruhig zu bleiben, konnte sie nur immer das eine denken: „Laß ein Wunder geschehen, Herr! Ein Wunder!“
„Oh — — —!“
Hubertus trampfte die Hände um die Lehne des Stuhls, aber im gleichen Augenblick fühlte er auch schon, wie der jäh, reißende Schmerz in ein gelindes Brennen überging, wie eine ungeheure Helligkeit auf ihn eindrang —
„Gott sei Dank!“ Professor Osterreich atmete tief auf. „Herr Graf — in vierzehn Tagen hoffe ich bestimmt, Sie freizipprechen zu können, die Narbenbildung war eine äußerst günstige — —“

„Ni — — ist — es gelungen?“ fragte Deliane, und in ihren Augen stand noch das Entsetzen.
Der Spezialist sah das junge Mädchen mit seinem seltsam hellen, scharfen Raubvogelaugen an, ein verstehendes Lächeln.
„Wenn keine Komplikation hinzutritt — ja!“
Doktor Klemm hatte den Verband angelegt.
„Herr Graf, — ich gratuliere, — nein, bitte, mir brauchen Sie nicht zu danken, ich war nur Statist — —“
„Auf Wiedersehen in zwei Wochen!“ Professor Osterreich drückte Gegede die Hand und machte Via eine Verbeugung: „Gnädiges Fräulein, es war mir eine besondere Freude, — Sie haben das meiste zum Erfolg beigetragen — —“
dann klappte die Tür, und gleich darauf sprang draußen knatternd der Motor des Kraftwagens an.
Sekundenlang stand Deliane regungslos, — da fühlte sie, wie zwei Lippen ihre Hand berührten — —
„Herr Graf!“
Die Spannung der Nerven löste sich, mit einem Aufschluchzen sank sie neben dem Stuhl in die Knie.
„Ich danke dir, lieber Gott! Ich danke dir!“
„Nicht weinen, — bitte, nicht weinen!“ Hubertus beugte sich nieder, in seiner Stimme war ein weicher, herzlicher Klang: „Ihnen danke ich alles, — das Licht — — und das Leben — — mehr als das Leben, Ihnen und Ihrem gläubigen Gottvertrauen — — Deliane, nun seien Sie mir auch weiterhin Lehrerin und Führerin durch die Nacht, — bis wieder die Sonne scheint — die Sonne des Glücks, das nie erden soll.“ —
Und nun war der ersetzte und doch so gefürchtete Tag gekommen. — Wie ein Alp lag es auf allen Bewohnern der Forstmeisterei, nur Via bewahrte ihre heitere Ruhe, zwang sich, zuversichtlich und gleichgültig zu erscheinen.
„Eben ist die neueste Nummer des „St. Hubertus“ gekommen!“ Gretel steckte ihren blonden Wuschelkopf durch die Tür und Deliane griff nach dem Blatt.
„Da haben wir Glück gehabt, Herr Graf, es gibt immer ein Wettrennen, sobald der Postbote erscheint; soll ich Ihnen etwas vorlesen?“
„Bitte, gnädiges Fräulein, das heißt, nur dann, wenn Sie nichts Wichtigeres vorhaben — —“
„Ich?“ Das junge Mädchen lachte: „Das Allerwichtigste ist für mich, Ihnen die Stunden des Hanaens und Banaens

in schwebender Bein zu verkürzen! So, und nun wollen wir einmal sehen, was es Neues gibt, — oh, ein Kopfgedicht.“
Gegede richtete sich auf.
„Ein Gedicht? Das würde mich interessieren! Von wem ist es denn?“
„Von — —“, sie stockte, „Herr Graf — das — das ist doch sonderbar — —“
„Was denn?“
„Wildgraf Hubertus steht darunter — —“
Delianes Hand, die das Blatt hielt, zitterte, eine jäh, heiße Röte flutete ihr in die Wangen, dann las sie stotternd, mit halb verschleierter Stimme:
„Zwanzig Enden — Zwanzig Lenz!“
Ein Hirsch von zwanzig Enden zog durch das hohe Holz
Hei Ho!
Früh auf, ihr Weidgesellen,
Wir wollen ihn jagen und stellen
Den ed'len Hirschen stolz
Hei Ho!
Wir zogen vor Tau und Tage wohl in den grünen Wald
Hei Ho!
Nun liegt der edle Recke
Berendet auf der Stredte,
Und durch den Forst das Hifthorn schallt:
Horrido!
Ein Mägdelein von zwanzig Lenzgen ging durch den
dunkeln Tann
Hei Ho!
Ihr Haar gleich Gold und Seide,
Die Augen, ihr schönstes Geschmeide,
Die haben mir's angetan
Hei Ho!
Wie weiter es gegangen,
Mein Weidgeselle traut?
Hei Ho!
Noch eh' ein Jahr vergangen,
Da — war ich selbst gefangen,
Und sie — war meine Braut
Horrido!
„Nun, gefällt es Ihnen?“

Eine Beschwerde der Reichsregierung über Litauen beim Völkerbund

Berlin, 19. Mai. Die zwischen Deutschland und den litauischen Behörden im Memelgebiet geführten Verhandlungen müssen, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, nunmehr als gescheitert angesehen werden. Nachdem vor kurzem wenigstens eine Vereinbarung über den Verkehr des deutschen Generalkonsuls mit den memelländischen Lokalbehörden zustande gekommen war, sind die Bemühungen seitdem keinen Schritt mehr weiter gekommen. Neben den Wirtschaftsfragen sind es vor allem die bekannten Rechtswidrigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in Komau, an denen die Verhandlungen gescheitert sind. Die deutsche Regierung, die bisher trotz aller Böswilligkeit und Hartnäckigkeit der litauischen Regierung oftmals ihre Versuche, zu einer Verständigung zu kommen, wiederholt hat, ist nunmehr zu der Überzeugung gelangt, daß Litauen nicht bereit ist, dem Memelland gegenüber die betreffenden Verträge nach Treu und Glauben zur Anwendung zu bringen. Die Reichsregierung hat sich daher entschlossen, beim Völkerbund in aller Form Beschwerde über das rechtswidrige Verhalten Litauens zu erheben. — Wie die „Kölnische Zeitung“ noch weiter hört, wird die Beschwerde bereits in den nächsten Tagen dem Völkerbundsekretariat zugehen.

Neue Unruhen in China



Tsching Kai Schek setzt sich durch.

Der Bürgerkrieg in China ist zu einem Kampf aller gegen alle, in Gestalt planloser Kriege der provinziellen Militärführer um ihren Machtbereich geworden. Lediglich Tsching Kai Scheks Regierung in Nanjing treibt eine Art von Außenpolitik. Man rechnet angesichts dieses Zielbewusstseins mit einer Wiedervereinigung zwischen Nanjing und Hankau, sobald die kommunistischen Elemente ausgeschaltet sind. Tschingais Truppen haben in breiter Front bei Nanjing den Jangtse überschritten und rücken nach Norden vor.

Ministerium Seipel III.

Wien, 17. Mai. Die Verhandlungen zwischen den drei, auf dem Boden der bürgerlichen Weltanschauung stehenden Parteien des neuen österreichischen Nationalrats zur Bildung einer parlamentarischen Einheitsfront gegen den Marxismus sind erfolgreich beendet, und die neue Mehrheitsregierung ist gesichert. In dem neuen Nationalrat, der am Mittwoch, 18. Mai zum ersten Male zusammengetreten wird, wird es eine geschlossene bürgerliche Mehrheit geben. Der sozialdemokratischen Opposition von 71 Mann wird eine bürgerliche Mehrheit von 94 Abgeordneten gegenüberstehen, die sich aus 73 Christlichsozialen, 12 Großdeutschen und 9 Landbündlern zusammensetzt. Diese drei Parteien werden auch die neue Koalitionsregierung bilden, an deren Spitze abermals der bisherige Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel stehen wird. Die bisherige Regierung Seipel II wird einem bereits gefassten Beschlusse des Ministerrats entsprechend am 18. Mai, also am Tage des Zusammentritts des neuen Parlaments, dem Bundespräsidenten Dr. Michael Hainisch, sein Rücktrittsgesuch überreichen. Die Neuwahl des Kabinetts wird bereits in der Sitzung des Nationalrats vom Donnerstag 19. Mai erfolgen. Es wird das Kabinett Seipel III sein und gegenüber dem Kabinett Seipel II nur geringfügige Veränderungen aufweisen. Die wichtigste Veränderung ist wohl, daß der Posten des Vizekanzlers, den im Kabinett Seipel II der großdeutsche Führer Dr. Dinghofer innegehabt hatte, auf einen Landbündler übergeht. Dr. Dinghofer behält aber das Justizministerium, das er bisher neben der Vizekanzlerschaft geleitet hatte. Es soll durch eine Gesetzesvorlage wieder ein selbständiges Bundesjustizamt geschaffen werden. Im neuen selbständigen Bundesjustizamt sollen vor allem die schon weit gediehenen Vorarbeiten für den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches unter Angliederung an die Grundzüge des reichsdeutschen Entwurfs fortgesetzt und durchgeführt werden. Für diese Aufgabe der Rechtsangleichung ist aber niemand berufener als Dr. Dinghofer, dieser treue Vorkämpfer des Anschlußgedankens in Osterreich. Da auch der Bundesminister für Handel und Verkehr, Dr. Schöffel ebenfalls sein Ressort behalten wird, werden die Großdeutschen in der neuen Regierung wieder durch zwei Minister vertreten sein. Außerdem werden sie im Nationalrat den dritten Präsidenten stellen; der erste Präsident wird ein Christlichsozialer, der zweite ein Sozialdemokrat sein.

Baden.

Das Evang.-kirchliche Dienstgericht.

Dem neu bestellten kirchlichen Dienstgericht gehören folgende Persönlichkeiten an: 1. zum Richteramt befähigte Mitglieder: Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Finster in Karlsruhe, Oberstaatsanwalt Dr. Haas in Mosbach, Oberstaatsanwalt Figer in Offenburg, 2. Mitglieder des Oberkirchenrats: Prälat D. Kühlein in Karlsruhe u. Oberkirchenrat Dr. Doerr in Karlsruhe, 3. Pfarrer der Landeskirche: Pfarrer Barner in Ebrach, Pfarrer Professor D. Dr. Frommel in Heidelberg, Pfarrer Löw in Kiesel, Pfarrer Seufert in Karlsruhe. Erfahrene Männer sind: 1. Oberlandesgerichtsrat Winkler in Karlsruhe, stellv. Vorsitzender, Landgerichtsrat Schäfer in Konstanz, Nolar Mößinger in Wiesloch, 2. Oberkirchenrat D. Rapp in Karlsruhe, 3. Pfarrer Eckert in Mannheim, Pfarrer Hößlich in Pforzheim, Geh. Kirchenrat D. Klein in Mannheim und Pfarrer Paret in Eberbach.

Einweihung des Erholungsheims der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf der Schweißmatte.

Karlsruhe, 19. Mai. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe hat im vorigen Jahre das altbekannte Kurhaus Schweißmatte bei Schoppheim im Wiesental zum Zwecke seiner Gemeinnützigkeit erworben. Am vergangenen Sonntag

sand nun die Einweihungsfeier des Heimes statt. Der Vorsitzende der Kasse begrüßte in der schlichten Einweihungsfeier alle Erschienenen und gedachte des Zweckes, der für die Kasse bei der Erwerbung des Heimes maßgebend war: Krankheiten nicht nur zu heilen, sondern sie zu verhüten. Landrat Dr. Frank-Schoppheim übermittelte die Grüße und Glückwünsche des Ministers des Innern zu dem Werk, das hier geschaffen worden sei. — Oberregierungsrat Rausch sagte für die Landesversicherungsanstalt Baden Worte der Weihe. Nach weiteren Glückwünscheübermittlungen fand sodann eine eingehende Besichtigung des Heimes mit all seinen Nebenräumen statt, die bei allen Teilnehmern nur Worte des Lobes hervorrief.

Rheinbrückenbau und Rheinbrückengelb.

Mannheim, 18. Mai. Der Reichsverkehrsminister hat der Handelskammer für den Kreis Mannheim mitgeteilt, daß nach Klärung der technischen Unterlagen inwischen die ersten Verhandlungen mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft über ihre Kostenbeteiligung an den Rheinbrückenbauten bei Mannheim, Maxau und Speyer stattgefunden haben, und daß der Reichsverkehrsminister demnächst in die weiteren Verhandlungen mit den Ländern eintreten zu können hofft.

Wegen der Erhebung des Brückengelbes hat die Handelskammer bei der Badischen Regierung Vorstellungen erhoben, um dessen Beseitigung am 1. Juli 1927 nicht nur für Kraftfahrzeuge, sondern für jeden Verkehr zu erreichen. Das Finanzministerium hat der Handelskammer mitgeteilt, daß es sich mit dem bayerischen Staatsministerium des Innern in Verbindung gesetzt habe, um einen gemeinsamen Weg zur gänzlichen Beseitigung des Brückengelbes zu finden.

Aus Verbänden und Innungen

Der 24. ordentliche Verbandstag des Bad. Bäcker-Innungsverbandes.

Pforzheim, 19. Mai. Die 24. Verbandstagung des Bad. Bäcker-Innungsverbandes in Pforzheim nahm am Montag mit einer Vorstandsitzung im Innungshaus zu Pforzheim ihren Anfang, der sich abends eine Begrüßungsfeier im Hotel Sautter angeschlossen. Die Stadt hatte Flaggen schmuck angelegt und in der Bahnhofstraße war eine Triumphspalte errichtet. Die Haupttagung begann mit einer Kranzniederlegung des Vorstandes am Grabe des verdienten früheren Verbandsvorsitzenden Heinrich Wagner. Die Verhandlungen begannen um 10.45 Uhr im Saalbau, der ebenfalls geschmückt war. Ueber 1200 Teilnehmer aus dem ganzen Lande hatten sich eingefunden. Von den 60 Innungen, die dem Landesverbande angehören, waren 58 durch Delegierte vertreten, nur Meßkirch und Stodach hatten keine Vertreter entsandt. Die Beratungen wurden durch einen Chor des Bäckermeister-Gesangvereins Pforzheim eröffnet, worauf Landesverbandsvorsitzender Schneider das Wort zu einer Begrüßungsansprache ergriff, in der er auf die Bedeutung der Tagung die Wichtigkeit des Zusammenschlusses und die vielfachen Kämpfe der Organisation, der man ein altes Recht des Innungsschiedsgerichtes genommen habe, hinwies. Besonders begrüßte er aber die Vertreter der Regierung, der Verbände und verschiedener Körperschaften, sowie der Nachbarverbände. Es folgten nun die üblichen Begrüßungsansprachen und darauf ein Vortrag über das Arbeitszeitgesetz und den 4-Uhr-Beginn in Baden von Syndikus Weber, Karlsruhe. Seit dem 23. November 1918 besteht das Nachtarbeitsverbot und Sonntagsarbeitsverbot. Durch Verordnung wurde in Baden der Arbeitsbeginn auf 5 Uhr festgesetzt, verlangt und unbedingt nötig sei aber der 4-Uhr-Beginn. Dieser sei keine Nachtarbeit und an dieser Forderung halte die drückende Mehrheit der badischen Bäckermeister fest. Bei uns seien die Verhältnisse grundverschieden von denen im Mittel- und Norddeutschland. Die Haltung des Germanienverbandes, der für den 5-Uhr-Beginn sich einsetzt, wird in Süddeutschland weder gebilligt noch verstanden. Weiter verlangte der Redner die 5½-Stunden-Woche oder ev. 60-Stunden-Woche und lehnt die Schematisierung des Arbeitszeitgesetzes, das er eingehend und klar erläuterte, ab, dabei auch das Verbot der freiwilligen Mehrarbeit freisagend. Drei Hauptpunkte stellte der Redner als vorwiegend aus dem Gesetze heraus — die Lehrjahrsbefristung, Ladenverkaufs- und -schlußzeit und den Arbeitsbeginn. Nach einer eingehenden Aussprache, in der sich sämtliche Sprecher zu dem Standpunkt des Vortragenden bekamen, wurde eine Entschließung fast einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag wolle beschließen, die Leitung des Germania-Zentralverbandes in Berlin zu beauftragen, bei der Reichsregierung in Berlin, bei den Mitgliedern des Reichstages und allen anderen in Betracht kommenden Stellen und Personen dahin zu wirken, daß in den Entwurf des neuen Arbeitszeitgesetzes und in das Gesetz selbst Bestimmungen aufgenommen werden, die den Landeszentralverbänden das Recht geben, für ihre Landesstelle zu genehmigen, daß 1. mit der Arbeit in Bäckereien bereits des morgens um 4 Uhr begonnen werden darf, 2. die Bäckereien unter dem Begriff „Lebensmittelgeschäft“ fallen und schon vor 7 Uhr morgens geöffnet werden dürfen.“

Darauf wurde der Beitritt des Verbandes als Mitglied zur Landeszentrale badischer Bäckerinnungen beschlossen. — Eingehend behandelt wurde das Lehrlingswesen und Jugendfürsorge. Die weiteren Beratungen befaßten sich mit interin Angelegenheiten. Ein Familienabend beschloß die harmonisch verlaufene Tagung.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 19. Mai. (Aufbewahrung von Handgepäck.) Hand- und Reisegepäck kann auf fast allen Eisenbahnstationen zur vorübergehenden Aufbewahrung hinterlegt werden. Als Ausweis erhält der Aufkäufer von der Aufbewahrungsstelle einen Hinterlegungsschein, der bei Abholung des Gepäcks zurückzugeben ist. Für Aufbewahrungsgeld übernimmt die Eisenbahn die Haftung bis zum Höchstbetrag von 100 Mark für ein Stück. Für Sachen, die sich in unverpackten Gegenständen wie Kisten, Mänteln, Reisdecken und dergleichen befinden, lehnt sie die Haftung ab. Leicht verderbliche, feuergefährliche und übertriebene Gegenstände, sowie Gelder, Wertpapiere und Kostbarkeiten, die weder zum Reisebedarf noch zum zugelassenen Reisegepäck gehören, werden zur Aufbewahrung überhaupt nicht angenommen. Unverpackte oder mangelhaft verpackte Gegenstände können, wenn sie sich zur Aufbewahrung eignen, angenommen werden; der Hinterlegungsschein wird dann mit einem entsprechenden Vermerk über die fehlende oder mangelhafte Verpackung versehen. Für die Aufbewahrung sind Gebühren zu entrichten, die für kleinere Gegenstände für die beiden ersten Tage zusammen 20 Pfg. für jedes Stück und für jeden folgenden Tag ebenfalls 20 Pfg. betragen. Für größere, nicht unter den Begriff „Handgepäck“ fallende Gegenstände beträgt die Gebühr für die gleiche Zeit 40 Pfennig, Kraftfahrzeuge bis zu 3 Pferdekraften kosten 60 Pfg., stärkere Maschinen 1. Mk.

* Sinsheim 19. Mai. (Beim Verkauf eines Hauses) haftet als Steuerpflichtiger für die Wertzuwachssteuer nur der Verkäufer. Jedoch ist neben ihm der Käufer in einem Betrag bis zu 25

Prozent des Kaufpreises (meist also fast in voller Höhe der 30 prozentigen Steuer) nach Art eines Bürgen für haftpflichtig erklärt. Das kann sich sehr empfindlich bemerkbar machen, besonders, wenn der Verkäufer ein Ausländer ist, der seiner Verpflichtung zur Zahlung der Zuwachssteuer nicht nachkommt. Dann wird der Käufer in Anspruch genommen, meist erst Monate nach dem Verkauf. Manchmal hat er das Grundstück inzwischen sogar schon weiterverkauft. Dem Käufer ist daher dringend anzuraten, daß er für Sicherstellung der Wertzuwachssteuer durch den Verkäufer sorgt. Am besten hält er, wie in der „Deutschen Steuerzeitung“ ausgeführt wird, 25 Prozent des Kaufpreises so lange zurück, bis ihm die Bescheinigung über die Zahlung der Wertzuwachssteuer vorgelegt wird. Beim Grundstückskauf muß er sich gegebenenfalls eine Sicherungshypothek auf dem von ihm fortgegebenen Grundstück eintragen lassen.

* Waibstadt, 18. Mai. (Verschiedenes.) In Eichelbronn fand das 25-jährige Stiftungsfest des dortigen Radfahrervereins „Badenia“ statt. Hieran beteiligten sich die beiden Waibstadter Radfahrervereine und errangen beim Preisrennen „Edelweiß“ den 1. Preis und „Cornelia“ den 3. Preis. Das Fest war von Radfahrern und sonstigen Sportsfreunden sehr gut besucht und der festgebende Verein sowie die Einnahmeherrschaft Eichelbronn haben gezeigt, daß sie es sehr gut verstehen richtige Feste zu feiern und ihre Gäste in jeder Hinsicht aufs Beste zu befriedigen. — Auch in Helmstadt fand ein Fest statt. Hier beging die Gefolgschaft Helmstadt des Jungdeutschen Ordens seine Fahnenweihe. Auch dieses Fest mit seinem vaterländischen Charakter fand bei der heimischen Bevölkerung und allen Festgästen lebhaftes Interesse. Der Festplatz befand sich im schönen Walde gegen Aglasterhausen beim Schießstand des Turnvereins.

* Mersbach, 19. Mai. (Mit der Religionslehrerfest) an der Handelsschule in Pforzheim wurde Pfarrer Friedrich Liebe hier betraut.

* Bad Rappenau, 19. Mai. (Schützenverein.) Beim Gauschießen am letzten Sonntag in Bargaen erhielten Preise: Reinhard Künzel, Gauleiter, Heinrich Feierabend, Wilhelm Lauer, Guido Fuchs, Richard Funk. Ferner in der Jugendabteilung: Karl Fröhlich den 1., Albert Rothenhöfer den 3., Helmut Künzel den 4., Richard Beith den 5. Preis.

* Eppingen, 19. Mai. (Der Gefangenenverein „Frohinn“) errang sich bei dem am vergangenen Sonntag in Gemmingen stattgehabten Gefangenenwettbewerb trotz starker Konkurrenz einen 1. c. P. mit Ehrenpreis und zwar in der 1. Stadtklasse.

* Berwangen, 19. Mai. (Radfahrerverein.) Wie verlautet, findet am 26. Juni in hiesiger Gemeinde das 10-jährige Stiftungsfest des Radfahrervereins Berwangen statt. Mit dieser Festlichkeit verbunden wird ein Korsofahren und Raderholung. Auf die an die Vereine der Umgegend ergangenen Einladungen hat sich bereits eine stattliche Anzahl Vereine zur Beteiligung gemeldet und verspricht das Fest in größerem Rahmen abgehalten zu werden.

* Unterschwarzach, 19. Mai. (Die Eiseiligen) haben hier in den niedergelegenen Gemarkungsteilen ihrer Bezeichnung alle Ehre gemacht. Die Blüten an den Apfelbäumen haben sehr gelitten und sind zum großen Teil ein Opfer der Kälte geworden. Die Kirchengärten haben die Kälte überstanden, ebenso die Birnblüten. Wenn keine weiteren Störungen bei diesen Obstsorten eintreten, dürfte die Ernte zufriedenstellend ausfallen.

* Wiesloch, 19. Mai. (Hopfenschädlinge.) In den Hopfenanlagen und besonders in den Neuanpflanzungen in unserem Amtsbezirk zeigt sich der Hopfenloh in Mengen, der die Pflanzen schwer schädigt. Wenn nicht kräftige Mittel gegen den Schädling angewandt werden, dürften die Hopfen nur geringen Ertrag liefern.

* Wiesenbach, 18. Mai. (Frauenvereinsjubiläum.) Am Sonntag hielt der hiesige Frauenverein sein 25-jähriges Stiftungsfest im Gasthaus „zum Badischen Hof“ ab. Bürgermeister Brog begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder. Sodann verlas Vikar Schmitt im Namen des erkrankten Pfarrers die Gründungsurkunde. Einige junge Damen von hier trugen ein paar wohlgeklungene Theaterstücke vor, welche reichen Beifall ernteten. Bei Kaffee und Kuchen ging es dann zum gemütlichen Teil über. Bürgermeister Brog dankte im Namen der politischen Gemeinde und ermahnte die Frauen, auch weiterhin den Verein nach Kräften zu unterstützen.

* Kälbershausen, 19. Mai. (Vergiftete Hunde.) Ein hiesiger Jagdaufseher legte im Februar und März Gift aus zur Vertilgung von Raubzeug. Da dies aber in keiner Weise bekannt gegeben worden war, sind leider fünf wertvolle Hunde dadurch vergiftet worden. Der Jagdaufseher ist wegen der unterlassenen Bekanntmachung bestraft worden.

* Mannheim, 19. Mai. (Verbrüfung.) Am Vormittag des 16. d. M. ist im Hause der Kleinen Merzellstraße ein dreijähriges Kind in einem unbewachten Augenblick in einen mit heißer Wäsche auf dem Küchenboden stehenden Topf gefallen und hat sich so schwere Brandwunden am Gesicht und Rücken zugezogen, daß es am nächsten Tag im israelitischen Krankenhaus verstarb.

* Mannheim, 19. Mai. (Tödlicher Unfall.) Vorgestern nachmittags gegen 5 Uhr ist in einer Futtermittelhandlung in der Bunselstraße ein 22 Jahre alter lediger Fuhrmann dadurch verunglückt, daß er beim Ausfahren aus dem Schuppen die Pferde am Kopf führend rückwärts ging und so gegen ein auf der Straße stehendes Fuhrwerk einbrach. Die Deichsel des eigenen Wagens den Brustkorb einbrückte. Der Schwerverletzte wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, woselbst eine Lebererkrankung festgestellt wurde und der Tod alsbald eintrat.

* Mannheim, 19. Mai. (Der Streit der Ingenieurschüler.) Bekanntlich demonstrieren seit vergangener Woche die Schüler der hiesigen Ingenieurschule gegen die in diesem Institut herrschenden Zustände durch Fernbleiben vom Unterricht. Die Lehrmittel wurden als veraltet, die Unterrichtsräume als unzureichend bezeichnet, außerdem seien die Besetzungen nicht einwandfrei vorgenommen worden. Die Leitung der Schule erklärt dazu, daß von unhaltbaren Zuständen nicht gesprochen werden könne. Die Räume seien ausreichend, die Unterrichtsmittel seien zum Teil älteren Datums, doch sei auch viel Neues vorhanden, wie an jeder anderen Schule auch. Die Besetzungen finden auf Beschluß der Lehrerkonferenz statt und die Beschlüsse werden streng nach den Leistungen und der Individualität des Studierenden gefaßt. Die Direktion drückt die Hoffnung aus, daß die jungen Leute bald zur Erkenntnis ihres verfehlten Vorgehens kommen werden, damit ihnen das Semester nicht verloren geht.

* Heidelberg, 19. Mai. (Die Wasserversorgung.) Die 14 Kilometer lange Verbindungsleitung mit der Rheinenergie-Pumpanlage ist in Betrieb genommen. In Zukunft bezieht demnach Heidelberg einen großen Teil seines Trink- und Verbrauchswassers vom Wasserwerk der Wasserwerke G. m. b. H. Rheinau.

Bruchsal, 19. Mai. (Gefährlicher Zimmerbrand.) In einem Dachstuhl in der Schönbornstraße entzündete vor einem Heiligenbildchen ein zwölfjähriger Junge Kerzen und schlief ein.

Karlsruhe, 19. Mai. (Eisenbahntransportgefährdung.) Letzte Tage wurde in der Nähe des Bahnhofes Forchheim ein etwa zwei Zentner schwerer Stein auf die Signalleitung des Bahnkörpers gerollt, wodurch die Signalgebung und damit der Eisenbahntransport gefährdet wurde.

Karlsruhe, 19. Mai. (Schöffengericht.) Das Schöffengericht verurteilte gestern vormittag wegen schweren Diebstahls einen 53 Jahre alten hiesigen Postbeamten, der in mehreren Fällen aus Einschreibebriefen Geldbeträge von zusammen 80 Mark entwendet hatte, zu drei Monaten Gefängnis.

Rauterbach, 19. Mai. Dienstagmorgens gegen 4 Uhr stieß der von Frau Dr. Lanz gesteuerte Personenwagen an einer gefährlichen Kurve der Straße von Schramberg nach Lautenbach mit einem die falsche Straßenseite einhaltenden Radfahrer aus Calw zusammen.

Steinhardt bei Mühlheim, 19. Mai. (Unfall.) Im Hause des Alexander Klug, welcher auf dem Wege zu seinen Verwandten einem Schlaganfall erlag, wollten zwei nahe verwandte Frauen die ersten Dienste im Hause des Toten verrichten.

Niederwinden (Kaiserstuhl), 19. Mai. (Durch eine schwere Untat wurde das stille Dorf in große Aufregung versetzt. Die fast jeden Montag, feierten auch gestern einige Arbeiter des Kistenfabrikanten Albert Burger von hier blauen Montag.)

Singen, 19. Mai. (Bauprojekt.) Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung die Abtretung von Baugelände an Architekt Hummel zum Bau von 16 Einfamilienhäuser beschlossen. Interessant ist das Bauprojekt insofern, als es sich um die Erstellung typenmäßiger Familienhäuser handelt, die im Preise außerordentlich billig sind.

Mühlheim, 19. Mai. (Ein Idyll im Mietseinerzimmer.) Im Mittelpunkt dieses Idylls steht ein Schwalbennest, das als bei einem Umbau sein Schwalbennest entfernt werden mußte, im Rathaus Schutz und Unterkunft suchte.

Schweres Straßenbahnunglück in Kassel. 10 Tote, 19 Schwerverletzte. Kassel, 19. Mai. Wie die „Kasseler Post“ meldet, hat sich gestern abend in Kassel-Wilhelmshöhe ein furchtbares Straßenbahnunglück ereignet.

Sieben Tote einer Grubenexplosion. Rattowitz, 19. Mai. Im Karwiner Kohlenrevier ereignete sich auf der Barbararube in Mährisch-Dittau am Dienstagmorgens auf der 110-Meter-Sohle eine schwere Explosion.

Explosionskatastrophe in einer Schule. New York, 19. Mai. In einer Schule bei Lansing (Michigan) ereignete sich aus noch unbekannter Ursache ein furchtbares Explosionsunglück.

Zwei französische Wüstlinge in Koblenz verhaftet. Koblenz, 19. Mai. Die beiden französischen Soldaten, die am Sonntag auf dem Kartäuserberg ein deutsches Mädchen überfallen und zu verewaltigen versucht hatten, konnten durch die sofort eingeleiteten Ermittlungen der Besatzungsbehörden schon gestern dingfest gemacht werden.

Rückgang der Mississippiüberschwemmungen. New York, 19. Mai. Bahntourer Meldungen sprechen von einem gewissen Rückgang der Fluten des Mississippi, obwohl die neu überfluteten Gebiete weiter überschwemmt bleiben.

Zwei französische Wüstlinge in Koblenz verhaftet. Unter den verschiedenen Soldaten, die dem Mädchen gegenübergestellt wurden, erkannte dieses einen der Täter wieder, der auch ein Gefährnis ablegte und den Namen seines Komplizen nannte.

Radio-Programm für Freitag den 20. Mai 1927.

- Berlin (483), Königswusterhausen (1250), 20.30 Uhr. Symphoniekonzert. 22.30 Uhr. Unterhaltungsmusik. Breslau (315), 20.10 Uhr. Lieder zur Laute. Ellen Wattenne. 20.50 Uhr. Mensch im Eisen, Dichtungen v. Heinz Lersch.

Neueste amtliche Kurse vom 18. Mai 1927.

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Aktien, and Wechsel. Lists various financial instruments and their current market values.

Marktbereichte. Schwelinger Spargelmarkt.

Die wärmere Witterung machte sich auf dem Spargelmarkt gleich bemerkbar. Die Zufuhren stiegen und die Preise gingen wieder etwas zurück.

Schweinemarkt in Bruchsal.

Angefahren wurden: Milchschweine 222 Käufer 74. Verkauft wurden: Milchschweine 200, Käufer 30.

Wetterbericht.

Wetterausichten für Donnerstag. Zeitweise heiter, meist trocken und wärmer.

Radio-Vertrieb.

E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. G. Dr. Selbst-Vertreter - Rager in Telefonen, Hören, Knaben, Batterien - sämtlichen Ersatzteilen, Barta-Akkumulatoren-Betriebstation - Telefon 19.

Stadtheater Heidelberg.

Das Ekel, ein Schwank von Toni Impkehoven und Hans Rimmann. Wer lachen will, darf nicht nach Sinn und Unsin fragen.

Bekanntmachung.

Wegen Hauptreinigung bleiben sämtliche Räume am Freitag, den 27. Mai 1927 geschlossen.

Billigste u. beste Bezugsquelle für Betten-Ausstattung!

- Einige Beispiele: Metallbettstellen, weiß lackiert 25.-; Matratzenhänger 7.-; 3 teilige Wollmatratzen m. Keil 30.-; Deckbett, gut gefüllt 130/180 28.-; Kissen, 80/80, gut gefüllt 8.50; Bettfedern von der billigsten bis zur feinsten Daune von 1.50 an; Kinderbettstellen, weiß lack. 18.-; sowie Sämtliche Weißwaren, Chaiselongue-Decken, Kaffeedecken, Vorhänge, Vorhangstoffe, Kissenbezüge etc.

Wer seine Blumen liebt

gibt ihnen nicht nur Wasser, sondern weiß, daß sie auch kräftiger Nahrung bedürfen. Geben Sie deshalb alle 14 Tage eine Messerspitze NAWOL in das Gießwasser, dann erhalten Sie wunderschöne Topfpflanzen.

Geräuch. Fische ab Räucherei

Verlangen Sie Preisliste über Büdflinge, Schellfische Seelachs, 8 Lt. Dose Bratheringe Mk. 4.15, 8 Lt. Dose Bismarckheringe 4.40, 8 Lt. Dose Rollmops 4.40, 8 Lt. Dose Gelee-Hering 4.70 per Bahn, Eilgut ab Altona. (Bahnhstation beidseitig angeben).

C. Otto Gehlert, Alfona 21.

Kaufen Sie Schlenker's Hühneraugen-Tod

für unfehlbare Dornentötung wird garantiert. Zu beziehen seit 22 Jahren bei: Friseur Ziegler u. Mutschler, Sinsheim. Preis 70 Pfg. Nichts anderes nehmen!

63 Ar Acker

im Quellberg zu verkaufen. Zu erfragen unter Nr. 541 b. Landboten.

Mädchen

bis zu 18 Jahren, welches zu Hause schlafen kann, per sofort gesucht. Angebote unter Nr. 550 an den Landboten erbeten.

Meinmädchen

das kochen kann, protestantisch, auf 1. Juni 1927 gesucht. Zu erfragen unter Nr. 551 beim Landboten.

Verheyen

FRANKFURT A. MAIN. 46 an. Aria Rad Frachtfrei. Teilzahlung.

1000 de gesund!

Jeder selbst chronisch Kranke probiere Dr. med. Greither's wunderbare natürl. und angenehme

Salus-Oel-Kur

(Heilen heißt reinigen!) 1/2 Fl. Mk. 2.-; 1/1 Fl. Mk. 4.-; Dazu gehörig radioaktive Blutauffrischungs-

Nährsalz-Tablett.

Karton Mk. 1.50 Das aufsehenerregende Kur- u. Heilbuch Mk. 2. Viele ärztliche u. private Dankschreiben! Alleinversand: F. Barts, Heilbronn Kaiserstr. 84 am Markt. Glänzende Erfolge!

ANFERTIGUNG ZU REELLEN PREISEN

PREISLISTEN

BROSCHÜREN :: WERKE G. BECKER'SCHE BUCHDRUCKEREI